

Zum 90. Geburtstag
von Richard von Weizsäcker

Jurist, Kirchenmann und Politiker

Günter Buchstab

Richard von Weizsäcker, der am 15. April 2010 seinen neunzigsten Geburtstag begeht, war in der Reihe der Bundespräsidenten wohl der beliebteste. Sein noch immer hohes Ansehen beruht vor allem darauf, dass er „am besten den Konsens der bundesdeutschen Gesellschaft“ verkörpert, „der möglichst alles auf politisch korrekter Grundlage integrieren und niemanden zurücklassen möchte“. Auch fünfzehn Jahre nach seiner Amtszeit ist ihm große Aufmerksamkeit gewiss, wenn er sich öffentlich zu Wort meldet. Kein Wunder also, dass es sein letztes Buch *Der Weg zur Einheit* in die Bestsellerlisten schaffte; denn „es eckt nicht an. Seine Memoiren sind so ausgewogen, als wären sie noch in seiner Amtszeit verfasst“ (Alexander Gauland). Er äußert sich „meist präsidial, selten undiplomatisch. Einmal Präsident, immer Präsident“ (*Süddeutsche Zeitung*). Doch entspricht diese Einschätzung, das Bild von Überparteilichkeit und diplomatischer Ausgewogenheit, ja von einem glatten Profil ohne Schatten, dem alles Aggressive zu fehlen scheint – notabene „die Schärfe, die Härte, die unabdingbar zum Berufspolitiker gehört“ (Elisabeth Noelle-Neumann) –, tatsächlich jenem Mann, der 1984 bei seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten 84,8 Prozent der Stimmen der Bundesversammlung auf sich vereinte und als „Glücksfall“ für die Bundesrepublik gefeiert wurde?

Richard von Weizsäcker, als viertes Kind von Ernst von Weizsäcker in Stuttgart geboren, entstammt einer Familie

von Gelehrten und Staatsdienern. Der Urgroßvater war Theologieprofessor und Rektor der Universität Tübingen, sein Großvater württembergischer Kultusminister (1900 bis 1906) und Ministerpräsident (1906 bis 1918) – 1916 erhielt er den erblichen Adelstitel –, sein Vater war im diplomatischen Dienst, sein Onkel Ordinarius der Medizin in Heidelberg. Nach eigener Aussage wuchs Richard von Weizsäcker in einem Elternhaus auf, das liberal und zugleich christlich bestimmt war. Nach dem Abitur 1937 studierte er zunächst in Oxford und Grenoble Jura, bevor er 1938 zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zum Wehrdienst eingezogen wurde. Den Kriegsdienst beendete er als Hauptmann der Reserve. Nach Aussage seines älteren Bruders, des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker, ist er durch „nichts so sehr geprägt“ worden wie durch den Zweiten Weltkrieg. 1945 nahm er sein Studium der Rechtswissenschaften mit dem Nebenfach Geschichte in Göttingen wieder auf, das er 1950 mit dem ersten und 1953 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen abschloss. 1955 wurde er promoviert.

Der junge Jurist

Als sein Vater, der im Dritten Reich von 1938 bis 1943 Staatssekretär bei Außenminister Joachim von Ribbentrop war, von den Alliierten 1947 verhaftet und vor das Nürnberger Militärtribunal gestellt wurde, unterbrach er sein Studium und wirkte bei der Verteidigung mit. Richard von Weizsäcker hat stets zu seinem Vater

gehalten, so klar er dessen Verstrickung in das NS-Regime gesehen hat.

Nach dem Studium sah Richard von Weizsäcker seine Zukunft in der Wirtschaft und begann seine berufliche Tätigkeit bei Mannesmann, wo er bald Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung wurde. Der Konzernjustiziar Günter Geißeler hatte den jungen Juristen bei den Nürnberger Prozessen kennengelernt. 1958 wechselte er als persönlich haftender Gesellschafter zur Privatbank Waldthausen & Co. Familiäre Beziehungen waren für diesen Wechsel maßgebend, war doch die Mutter seiner Frau Marianne, die er 1953 geheiratet hatte, eine Adoptivtochter von Fritz von Waldthausen, dem Gründer des Bankhauses. Auch seine nächste berufliche Position als Mitglied der Geschäftsleitung der Pharmazie-Firma Boehringer im rheinland-pfälzischen Ingelheim von 1962 bis 1966 verdankte er familiären Kontakten, weil die Familien von Weizsäcker und Boehringer seit Langem befreundet waren.

Kein klassischer Parteigänger

Mit der Berufung in das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1962 trat er in die Fußstapfen des sozial und kirchlich außerordentlich engagierten Fritz von Waldthausen, der am Zustandekommen des Deutschen Evangelischen Kirchentags 1950 in Essen wesentlichen Anteil gehabt hatte. 1964 bis 1970 und noch einmal 1979 bis 1981 war von Weizsäcker Präsident des Kirchentags. Von 1968 bis 1975 saß er auch im Zentralausschuss des Ökumenischen Rats der Kirchen, und von 1969 bis 1984 war er Mitglied der Synode und des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland. Diese Ämter verschafften ihm nicht nur Publizität, sondern auch Kontakte zu vielen namhaften Persönlichkeiten des deutschen Protestantismus.

1954 war er der CDU beigetreten, die ihm von allen Parteien die „am wenigsten

fremde“ war. Sein Weg in die Politik war damit aber nicht unbedingt vorgezeichnet, denn als richtiger Parteigänger empfand er sich nie. Zwar ließ er schon 1957 und 1961 gegenüber seinen Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen seine Bereitschaft erkennen, für die Union in den Bundestag zu gehen, doch kam eine Kandidatur nicht zustande. Auf der Suche nach politischen Talenten wurde 1964 allerdings der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Rheinland-Pfälzischen Landtag, Helmut Kohl, auf ihn aufmerksam, der ihn bewog, 1965 bei der Bundestagswahl zu kandidieren. Überraschend zog von Weizsäcker aber kurz vor der Wahl seine Kandidatur zurück, wohl weil er erkannte, dass seine Tätigkeit in der Firma Boehringer, aus der er 1966 ausschied, um sich als Rechtsanwalt in Berlin niederzulassen, und sein kirchliches Präsidentenamt sich nur schwer mit einem politischen Mandat hätten vereinbaren lassen. Auf Betreiben Kohls wurde er aber 1966 in den Bundesvorstand der CDU kooptiert und 1967 erstmals gewählt. Im November 1968 überredete ihn Kohl, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, dessen Wahl im März 1969 anstand. Doch unterlag er in der unionsinternen Vorentscheidung seinem Gegenkandidaten Gerhard Schröder. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob von Weizsäcker in der Bundesversammlung gegen den SPD-Kandidaten Gustav Heinemann bessere Chancen als Schröder gehabt hätte, die Stimmen der FDP auf sich zu vereinen und möglicherweise den „Machtwechsel“ nach der Bundestagswahl zu verhindern. 1969 zog er – über Platz zwei der rheinland-pfälzischen Landesliste – schließlich in den Bundestag ein.

In der in die Opposition geratenen CDU/CSU-Fraktion galt er als Hoffnungsträger, der sich sogleich als deutschlandpolitischer Sprecher in den konfrontativ-fundamentalen Auseinan-

dersetzungen zwischen SPD/FDP einerseits und Union andererseits um die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung profilierte.

Differenzierung und Argumentation

Mit Norbert Blüm, Hans Katzer und dem Berliner Johann Baptist Gradl zählte er zu denen, die im CDU-Bundesvorstand davor warnten, sich bei den Jüngeren den Vorwurf zuzuziehen, nicht entwicklungsfähig oder gar rückständig zu sein. Auch Kohl wollte sich nicht auf eine „Neinsager-Rolle“ der Union festlegen lassen und forderte, das Nein müsse „auf eine sehr differenzierte, argumentierende Art begründet und vorgetragen werden“. Dafür war von Weizsäcker wie geschaffen. Schon 1962, also noch zu Zeiten der Hallstein-Doktrin, hatte er eine neue Ostpolitik, insbesondere gegenüber Polen, gefordert; in den Bundestagsdebatten warnte er aber auch vor der Verharmlosung der sowjetischen und kommunistischen Strategie durch die SPD und der sich daraus ergebenden Entspannungseuphorie. Mit seiner differenzierenden Ansicht des Moskauer und des Warschauer Vertrags traf er allerdings nicht bei allen Mitgliedern seiner Fraktion auf Wohlwollen. Dem Warschauer Vertrag, den er mehr unter moralischen Aspekten betrachtete, hätte er womöglich zugestimmt, beugte sich beim Ratifikationsverfahren aber der Fraktionsdisziplin und enthielt sich mit der Mehrheit der Union der Stimme, sodass die Verträge passieren konnten.

Auch wenn seine Einstellung viele irritierte, hat dies seiner Parteikarriere nicht geschadet. Ende 1971 wurde er auf Vorschlag Kohls Vorsitzender der CDU-Grundsatzkommission, die das 1978 verabschiedete Ludwigshafener Programm erarbeitete. Mit der Formulierung sittlich-politischer Grundwerte, der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit, sollte es allen folgenden CDU-Programmen als

Vorbild und Grundlage dienen. Zugute kam von Weizsäcker dabei „seine Gabe des vermittelnd-anspruchsvollen Sich-äußerns“ (Friedrich Karl Fromme). Nach der verlorenen Bundestagswahl 1972 wurde er im Mai 1973 einer der sechs Stellvertreter von Karl Carstens in der CDU/CSU-Fraktion, dem er nach dem Rücktritt von Rainer Barzel bei der Wahl zum neuen Vorsitzenden unterlegen war. Tatsächlich reflektierte er auf das Amt des Bundespräsidenten, für das er 1974 wiederum kandidierte, obwohl er sich gegen Walter Scheel aufgrund der Konstellation in der Bundesversammlung kaum Chancen ausrechnen konnte. Als die Union 1978 Karl Carstens erneut den Vorzug gab, entschied er sich 1979, in West-Berlin als CDU-Spitzenkandidat anzutreten. Dieser Schritt wurde als Resignation gedeutet, weil er bis dahin wirkliche Spitzenpositionen nicht erreicht hatte. Die Rolle des Oppositionsführers nahm er nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus aber nicht an. In die „Niederungen“ des Parteiengezänks wollte er sich in Berlin nicht hineinziehen lassen, er zog vielmehr das Amt eines der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages vor, das er von 1979 bis 1981 innehatte.

Regierender Bürgermeister von Berlin

Als er 1981 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, führte er das Amt präsidial, was ihm den Vorwurf eintrug, häufig über den Wolken zu schweben und Entscheidungen zögernd vor sich herzuschieben. Sein Amt bildete die Voraussetzung dafür, 1983 zum dritten Mal seine Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten anzumelden, die er – ganz Berufspolitiker – mit systematischer Konsequenz betrieb. Wie sehr er auf sein Ziel fixiert war, hatte sich schon 1980 gezeigt, als er das ehrenvolle Angebot, Mitherausgeber des *Rheinischen Merkur/Christ und Welt* zu werden, mit dem kühlen Hinweis ablehnte, dies sei in sei-

ner Karriereplanung nicht vorgesehen. Gegen den Widerstand von Helmut Kohl, der im Interesse seiner Partei an dem angesehenen Berliner Stadtoberhaupt festhalten wollte, setzte er seine Kandidatur mit Beharrlichkeit und einem guten Stück Ehrgeiz schließlich durch, als Karl Carstens auf eine Wiederwahl verzichtete und sich die Chance bot. Sowenig der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Kohl über seine Ambitionen erfreut war, so wenig waren es auch die Berliner, einschließlich des Koalitionspartners FDP, der sich mit Nachdruck gegen eine Kandidatur von Weizsäckers aussprach, gab dieser doch seine Arbeit in Berlin, die von ihm zur „politischen Lebensaufgabe“ erklärt worden war, und das Amt des Regierenden Bürgermeisters auf, das er als die „Krönung seines Lebens“ ausgegeben hatte. Zugleich präsentierte er – insofern offenbarte er, dass auch er sich darauf verstand, innerparteilichen Machtstrukturen Rechnung zu tragen – mit Eberhard Diepgen einen Nachfolger, der in der Stadt verankert war und CDU-Mehrheiten organisieren konnte.

Lebensziel im Blick

Weil er sich weigerte, auf sein so hartnäckig verfolgtes Lebensziel zu verzichten, gab Kohl schließlich nach und erklärte, von Weizsäcker habe die „Fähigkeit, Verständigung zu schaffen und in der Suche nach Orientierung voranzugehen“. Zwischen dem Förderer von einst und dem Geförderten war allerdings inzwischen eine politische und persönliche Distanz entstanden. Nicht zuletzt war Kohl über den Alleingang von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister nach Ost-Berlin 1983 verstimmt, wenn dieser auch wegen des Viermächtestatus seinen Besuch beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit seiner Eigenschaft als Mitglied des Rats der EKD begründet hatte. Auch in der Union gab es zunächst Vorbehalte gegen die Kandi-

datur von Weizsäckers, galt der politische Quereinsteiger doch seit den Auseinandersetzungen um die Ostverträge und wegen eigenmächtiger Alleingänge in anderen politischen Problemfeldern als allzu liberaler Außenseiter. Ganz ohne Grund war diese Skepsis nicht, äußerte er doch einmal in recht polemischer und simplifizierender Weise: „Weil ich Mitglied der CDU bin, muss ich gegen Entspannung sein, gegen Abrüstung und Abtreibung – welch ein Unsinn.“

Anderthalb Jahrzehnte hatte er auf sein Lebensziel hingearbeitet. 832 von 1017 Delegierten der Bundesversammlung gaben ihm ihre Stimme – so viele, wie noch keiner seiner Vorgänger im ersten Wahlgang auf sich vereinen konnte. Von Anfang an also hatte er einen Bonus, und er nutzte ihn so, wie viele es nicht erwartet hatten. Bei seiner Wiederwahl 1989 sprachen ihm sogar 881 der 1022 Wahlmänner das Vertrauen aus. Er interpretierte das Amt, das nach der Verfassung repräsentativ, ohne direkten politischen Einfluss, angelegt ist, als ultimative Instanz und sich selbst als überparteiliche Integrationsfigur, die gemäß dem Diktum seines älteren Bruders – der selbst einmal als Kandidat der SPD im Gespräch war – „einem Ganzen und nicht einer Gruppe“ dient. Nach seiner Wahl ließ er – wie seine Vorgänger – die Parteimitgliedschaft ruhen, nahm sie aber nach seinem Ausscheiden aus dem Amt auch nicht mehr auf.

Orientierung geben

„Orientierung geben“ und Problembewusstsein schaffen – so stellte er sich seine Amtsführung vor. Niemand konnte so gut moralisieren wie er, wobei in vielen seiner Formulierungen die Grenzen zwischen Trivialität und Tiefsinn verwischen. Seine Macht war das Wort, geprägt durch Rekurs auf gegensätzliche Positionen und Formeln, „die eine gemeinsame Überschrift für getrennte Posi-

tionen darstellen“ (Ludolf Herrmann), durch Ambivalenz der Formulierungen im Sowohl-als-auch, durch diplomatische Verschleierung oder schlicht durch Weglassen.

Seine breite Akzeptanz und Popularität begründete er mit seiner Rede am 8. Mai 1985, in der er darauf hinwies, dass der Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1945, den er als Tag der Befreiung bezeichnete, nicht vom 30. Januar 1933 zu trennen sei. Vielen, vor allem aus der jüngeren Generation, sprach er damit aus dem Herzen, andere empfanden seine Ausführungen als zu einseitig angesichts millionenfacher Vertreibung und der „roten Diktatur in Mitteldeutschland“ nach Kriegsende und fanden sich eher in der Formulierung von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten, wieder, der am 8. Mai 1949 die Ambivalenz dieses Tages als „die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns“ bezeichnet hatte, „weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“.

Trotz seiner glänzenden Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland bei Auslandsreisen und der hohen demoskopischen Zustimmungswerte, deren sich von Weizsäcker in seinen Amtsperioden erfreuen konnte, war der Bundespräsident keineswegs unumstritten, zumal er sich mit seinen Reden und Interviews häufig in das politische Tagesgeschäft einmischte und Vorschläge machte, die – da häufig im krassen Gegensatz zur mühsamen Alltagspolitik – nur schwerlich zu realisieren waren. Er löste damit in der Bevölkerung teils undifferenzierte Erwartungen, teils irrealer Sehnsüchte aus und traf deshalb bei der politischen Klasse nicht immer auf ungeteiltes Wohlgefallen. So, wie er das „Orientierungsgewissen“ verstand, hatte Kohl es wohl nicht gemeint. Der „Ersatz-Monarch“, wie er hin und wieder bezeichnet wurde, war also keineswegs dem politischen Alltag entrückt, auch wenn er als Bundespräsi-

dent zur Zurückhaltung verpflichtet war. Für ihn bedeutete dies nicht, dass „ich nicht mehr sagen darf, was ich für richtig halte“. Für Verwirrung sorgten vielfach seine Äußerungen zur Wiedervereinigungspolitik Kohls, als er vor einem „Zusammenwuchern“ der beiden deutschen Staaten warnte, die Bonner Einheitsdebatte noch Anfang März 1990 als „sehr eskaliert“ und „verfrüht“ bezeichnete und die Bonner Politiker davor warnte, die DDR zu vereinnahmen oder die D-Mark zum „Maßstab aller Dinge“ zu machen; auf manches Befremden und Unverständnis stießen auch sein frühzeitiges Eintreten für Berlin als Bundeshauptstadt 1990, seine Haltung in der Asylproblematik 1991, seine Parteilosigkeit mit Vorwürfen der „Machtveressenheit“ und „Konzeptionslosigkeit“ der politischen Führung vom Juni 1992, sein Vorschlag zur Stärkung plebiszitärer Elemente im Grundgesetz 1993, sein Dank an Chile für die „humane“ Aufnahme Honeckers im gleichen Jahr, nicht zuletzt seine Kritik an Steffen Heitmann als Kandidaten für seine Nachfolge, um nur einige Themen- und Politikfelder zu nennen, in denen er Angriffsflächen bot.

Populistische Parteienkritik

Vor allem wegen seiner Kritik am Parteienstaat erfuhr er heftigen Widerspruch. In einem Interview mit zwei *Zeit*-Journalisten hatte er den Parteien vorgehalten, sie seien „machtversessen auf den Wahlsieg und machtvorgessenen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgaben“; schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte er bemängelt, sie würden sich „den Staat zur Beute“ machen und sich „quasi fettfleckartig über nahezu alle staatlichen Institutionen ausbreiten“. Es wurde gemutmaßt, dass er damit vor allem Kohl und sein „System“, von dem er selbst ja profitiert hatte, meinte, wenn er dies auch nicht beim Namen nannte.

Scharfe Reaktionen ließen nicht auf sich warten. Aus der Wissenschaft wurden ihm vordemokratisches Denken und eine fatale Nähe zum wilhelminischen „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ vorgeworfen. Für seine Forderung nach Sinnstiftung seien Parteien der falsche Ansprechpartner; dies sei Aufgabe der Kirchen oder „beliebiger Sinnstiftungsagenturen“. Parteien müssten vielmehr den „tagtäglichen, immer misslichen Geschäften des Machterwerbs und des Machterhalts nachgehen“. Und aus den Parteien hieß es fast unisono, seine Äußerungen seien „zu pauschal und unfair“, er habe damit ein fürchterlich negatives Klischee verstärkt, sich populistisch dem öffentlichen Tenor der Parteienkritik angeschlossen und damit der Politikverdrossenheit in der Bevölkerung Vorschub geleistet. Der SPD-Politiker Peter Struck meinte sogar bissig, er müsse „eigentlich aus seinen eigenen Erfahrungen als aktiver Politiker wissen, dass manche Dinge eben so behandelt werden müssen, wie sie behandelt werden“. Wenn er die Parteiendemokratie für überholt halte, solle er Alternativen nennen: „Eine Oligarchie oder frühere Vorrechte des Adels können wohl nicht die Lösung zu Ende des zwanzigsten Jahrhunderts sein.“

Auch der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Kohl ärgerte sich über die halb verdeckten Angriffe auf sich und die Union, denn aus seiner Sicht verdankte von Weizsäcker doch ihm persönlich und der Union seinen politischen Aufstieg. Dieser reagierte erst 1997 in offener Kontroverse mit der ihm eigenen Diktion: „Dankbarkeit unter Menschen ist eine edle und wichtige Tugend. Dankbarkeitsverhältnisse in der Parteipolitik müssen vor der Gefahr bewahrt bleiben, dadurch

Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen. Für die Chance, einen selbst verantworteten und unabhängigen Beitrag in der politischen Debatte zu leisten, bin und bleibe ich dankbar.“

Mit dieser Haltung ging von Weizsäcker, der Meister der „unaufdringlich sich präsentierenden Vertrauenswürdigkeit, die auch im Widerspruch verbindlich blieb“ (Mathias Schreiber), aus allen kritischen Diskussionen unbeschädigt hervor.

Elder Statesman

Er genoss seine Unabhängigkeit und das Ausmaß seiner Anerkennung, zu der nicht wenig beigetragen hat, dass er sich als geistiges und überparteiliches Gegenbild zum Partei- und Machtpolitiker Helmut Kohl sah und stilisierte. Hoch angesehen bekleidete der „Liebling der Medien“, wie Franz Josef Strauß einmal spöttisch anmerkte, das höchste Staatsamt vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1994. Das Ende seiner Amtszeit bedeutete für ihn allerdings nicht Ruhestand, sondern Zeit für neues Engagement, für Debatten über Kirchen und Frieden, Nation und Europa. Auch übernahm er 1999 den Vorsitz in der von Verteidigungsminister Rudolf Scharping eingesetzten Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ und 2002 des Bundeskuratoriums Fluchthilfe. Von Weizsäcker ist erkennbar zufrieden mit seiner Stellung als *Elder Statesman*, der gern Ratschläge gibt und für Interviews zur Verfügung steht, um seinem Verständnis nach „das Notwendige“ zu sagen. Für sein Wirken wurde von Weizsäcker mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt, zuletzt im Oktober 2009 mit der Martin-Luther-Medaille für seine besonderen Verdienste um den deutschen Protestantismus.